Sitzungsvorlage

Drucksache Nr. 078/2022

Teningen, den 22. November 2022

Federführender Fachbereich: FB 1 (Finanzen, Personal, Organisation)

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Verwaltungsausschuss (nicht öffentlich)	07.12.2022	Kenntnisnahme
Gemeinderat (öffentlich)	20.12.2022	Kenntnisnahme

Betreff:

Anwendung des neuen Umsatzsteuerrechts zum 01.01.2023;
Bekanntgabe einer Eilentscheidung

Es wird folgende Eilentscheidung bekanntgegeben:

Der Bürgermeister hat am 25. November 2022 aufgrund § 43 Abs. 4 GemO folgende Eilentscheidung getroffen:

**Der Anwendung des § 2b UStG zum 1. Januar 2023 wird zugestimmt.
Das am 18. Oktober 2016 beschlossene Optionsrecht wird zum 31. Dezember 2022 widerrufen.**

Erläuterung:

In der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 17. Mai 2022 informierte Steuerberater Karl-Hubert Eckerle das Gremium umfassend über die Einführung des § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) und die damit verbundene umsatzsteuerliche Würdigung unterschiedlichster Themenbereiche (she. Vorlage 966/2022). Die damalige Präsentation steht den Gremienmitgliedern im Ratsinfosystem zur Verfügung.

Die einzelnen Arbeitsschritte bis hin zur Umstellung waren und sind noch sehr umfangreich und zeitaufwändig. Begonnen hat alles im Jahr 2020 mit dem Einzahlungsscreening bezogen auf das Kalenderjahr 2019, welches bis heute laufend mit neuen Vorgängen fortgeführt wurde. Gleichzeitig konnten im Jahr 2020 die Verwaltungsgebühren überarbeitet werden; die Verwaltungsgebührensatzung wurde in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 13. April 2021 beschlossen. Im laufenden Betrieb konnten außerdem die Miet- und Pachtverträge hinsichtlich der steuerlichen Würdigung ergänzt werden.

Im laufenden Kalenderjahr wurden die in den jeweiligen Tätigkeitsbereichen betroffenen Mitarbeitenden zu § 2b UStG geschult. Des Weiteren konnten Teile der Feuerwehr geschult werden, da die Kameradschaftskassen als Sondervermögen in die gemeindliche Umsatzsteuererklärung einfließen.

Die Möglichkeit zur Optionsverlängerung des bisherigen Rechts bis 31. Dezember 2024 ist

für die Gemeinde Teningen aufgrund des derzeitigen Neubaus der Schulsporthalle in Köndringen mit Vorsteuerabzug in Höhe von ca. 350.000 EUR nicht sinnvoll. Nach Rücksprache mit dem Steuerberater wäre ein Vorsteuerabzug dann nicht möglich.

Des Weiteren mussten die finalen Umstellungsarbeiten, insbesondere die Umstellung der eingesetzten Finanz- und Buchungssysteme, mit dem Rechenzentrum bereits verbindlich beauftragt werden. Dies teilte Komm.One (ehem. Rechenzentrum) mit Schreiben vom 25. November 2022 mit und forderte die Gemeinde Teningen auf, eine verbindliche Erklärung bis spätestens 2. Dezember 2022 abzugeben, ob die Anwendung des § 2b UStG zum 1. Januar 2023 oder später erfolgen soll.

Aufgrund dieses sehr engen Zeitraums zur verbindlichen Erklärung gegenüber Komm.One ergab sich Eilbedarf. Eine Einberufung des Gemeinderates war in diesem Zeitraum nicht mehr möglich.